

ANSELM LENHARD

Die Vorschläge zur
Reform des englischen
Mobiliarkredit-
sicherungsrechts

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

233

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

233

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Anselm Lenhard

Die Vorschläge zur Reform
des englischen
Mobiliarkreditsicherungsrechts

Ein Wegweiser für eine europäische Harmonisierung?

Mohr Siebeck

Anselm Lenhard, geboren 1979; Studium der Rechtswissenschaft in Konstanz und Würzburg; Europajurist (Univ. Würzburg); 2006 Forschungsaufenthalt in London; 2009 Promotion; gegenwärtig LL.M.-Studium an der London School of Economics and Political Science (LSE).

e-ISBN PDF 978-3-16-151418-0

ISBN 978-3-16-150057-2

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2010 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2007/2008 von der juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg als Dissertation angenommen. Sie befindet sich weitgehend auf dem Stand von Dezember 2007, an einzelnen Stellen konnten jedoch noch aktuellere Entwicklungen und Literatur eingearbeitet werden. Die zum 1. Oktober 2009 in Kraft tretenden Bestimmungen des englischen Companies Act 2006 bezüglich Company Charges wurden vollständig berücksichtigt.

Herzlicher Dank gilt an erster Stelle meiner akademischen Lehrerin, Frau Prof. Dr. Eva-Maria Kieninger, die mein Interesse an rechtsvergleichender Forschung mit der Anregung zu dieser Arbeit und ihrer hervorragenden Betreuung außerordentlich engagiert unterstützt hat. Ihre Förderung hat das Gelingen dieser Arbeit erst möglich gemacht und mein wissenschaftliches Interesse entscheidend beeinflusst. Herrn Prof. Dr. Christoph Teichmann danke ich für die Erstellung des Zweitgutachtens. Für die Aufnahme in die Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht habe ich schließlich Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen Basedow zu danken.

Den Zugang zum englischen Recht hat mir maßgeblich Prof. Michael Bridge vom University College London erleichtert, aufgrund dessen Einladung und Betreuung ich 2006 einen gewinnbringenden Forschungsaufenthalt in London verbringen konnte. Frau Dr. Frédérique Dahan, Senior Counsel bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, hat mir in London äußerst wertvolle Hinweise für das Verständnis der Systemunterschiede verschiedener Register für Mobiliarsicherheiten sowie hinsichtlich des Reformprozesses in England gegeben. Ihr bin ich zu besonderem Dank verpflichtet.

Besonderen Dank schulde ich ferner Herrn Olaf Beller, Assistent am Lehrstuhl, der mich als extern Promovierenden stets in den Informationsfluss des Lehrstuhls eingebunden und mir den Zugang zu Materialien und Literatur sehr erleichtert hat.

Für finanzielle Unterstützung habe ich bezüglich des Forschungsaufenthalts in London dem DAAD, für die Gewährung eines großzügig bemessenen Druckkostenzuschusses dem Europäischen Rechtszentrum der Universität Würzburg zu danken.

Der letzte, jedoch gewiss nicht geringste Dank gebührt schließlich meinen Eltern für die unermüdliche Unterstützung aller meiner Vorhaben. Dies gilt besonders für die Mühen der Erstkorrektur, die mein Vater übernommen hat. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

München, im Mai 2009

Anselm Lenhard

Inhaltsübersicht

Einleitung 1

1. Teil

Die Reformbedürftigkeit des gegenwärtigen englischen
Mobiliarkreditsicherungsrechts 13

1. Abschnitt

Das gegenwärtige englische Mobiliarkreditsicherungsrecht ... 15

Begriffsbestimmung und Grundprinzipien..... 15

A. Sicherungsrechte im engeren Sinne und funktionsäquivalente

Geschäfte 20

B. Bestellung von Sicherungsrechten im engeren Sinne 44

C. Publizität und Vollwirksamkeit von Sicherungsrechten

im engeren Sinne 54

D. Rangfolge konkurrierender Rechte am Sicherungsgegenstand

(priority) 82

E. Verwertung der Sicherheit (enforcement) 99

2. Abschnitt

Reformbedürftigkeit des gegenwärtigen Rechtszustands 111

A. Fehlen eines funktionalen Ansatzes und Umdeutungsrisiko..... 112

B. Reformbedürftigkeit des natürlichen Personen und

Personenhandelsgesellschaften betreffenden

Mobiliarkreditsicherungsrechts: Bills of Sale Acts 119

C. Reformbedürftigkeit des Registrierungssystems für am

Vermögen von Kapitalgesellschaften bestehende

Sicherungsrechte: Companies Act 1985 125

D. Unbefriedigende Regelung der Rangfolge konkurrierender

Rechte am Sicherungsgegenstand 138

2. Teil

Die Reform des englischen Mobiliarkreditsicherungsrechts 145

Einführung..... 145

1. Abschnitt

Chronologie des Reformprozesses 147

- A. Gesetzgeberische Reformmodelle im angloamerikanischen Rechtskreis..... 147
- B. Reformversuche und Reformersfolg in England..... 153

2. Abschnitt

Materielle Vorschläge für eine grundlegende Reform des englischen Mobiliarkreditsicherungsrechts 171

- Begrifflichkeit und Konzeption der Vorschläge 171
- A. Anwendungsbereich zukünftiger Reformgesetzgebung..... 175
- B. Bestellung von Sicherungsrechten 201
- C. Voraussetzungen der Vollwirksamkeit (perfection) 210
- D. Rangfolge konkurrierender Rechte am Sicherungsgegenstand (priority) 240
- E. Verwertung der Sicherheit (enforcement)..... 262

3. Abschnitt

Erfolgsaussichten einer grundlegenden Reform des englischen Mobiliarkreditsicherungsrechts 281

- A. Erfolgsbilanz der bisherigen Reformversuche..... 281
- B. Ursachen für die Erfolglosigkeit bisheriger Reforminitiativen... 290

3. Teil

Europäische Harmonisierung auf dem Gebiet des Mobiliarkreditsicherungsrechts	303
Einführung	303
1. Abschnitt	
Internationale Arbeiten mit möglichem Einfluss auf eine europäische Harmonisierung	305
A. EBRD Model Law on Secured Transactions	305
B. UNCITRAL Legislative Guide on Secured Transactions	318
2. Abschnitt	
Wesenszüge einer zukünftigen europäischen Harmonisierung	341
Vorbemerkungen	341
A. Geltungsbereich eines europäischen Harmonisierungsvorschlags	346
B. Bestellung von Sicherungsrechten	349
C. Publizität von Sicherungsgeschäften	351
D. Rangfolge konkurrierender Rechte am Sicherungsgegenstand ..	361
E. Verwertung der Sicherheit	363
Schlussbemerkungen	365

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis.....	XXIII
Anmerkung zur Terminologie.....	XXVIII
Einleitung.....	1

1. Teil

Die Reformbedürftigkeit des gegenwärtigen englischen Mobiliarkreditsicherungsrechts.....	13
---	----

1. Abschnitt

Das gegenwärtige englische Mobiliarkreditsicherungsrecht ... 15

Begriffsbestimmung und Grundprinzipien.....	15
A. Sicherungsrechte im engeren Sinne und funktionsäquivalente Geschäfte.....	20
I. Sicherungsrechte im engeren Sinne (security stricto sensu).....	20
1. Unterscheidungsmöglichkeiten für Sicherungsrechte im engeren Sinne (security stricto sensu).....	20
2. Charakteristik der einzelnen Sicherungsrechte im engeren Sinne (security stricto sensu).....	21
a) Faustpfandrecht (pledge).....	21
b) Vertragliches Zurückbehaltungsrecht (contractual lien).....	24
c) Sicherungsübertragung (mortgage).....	24
d) Sicherungsbelastung (equitable charge).....	25
aa) Fixed charge.....	27
bb) Floating charge.....	27
II. Funktionsäquivalente Geschäfte (quasi-security) und andere Finanzierungsformen.....	30
1. Gründe für die Verwendung funktionsäquivalenter Geschäftstypen (quasi-security).....	30
2. Funktionsäquivalente Geschäftstypen (quasi-security) bei der Anschaffungsfinanzierung von Sachen.....	32

a)	Bedingter Kauf (conditional sale)	33
b)	Mietkauf (hire-purchase)	33
c)	Finanzierungsleasing (finance lease)	35
d)	Kommissionsgeschäft (consignment)	36
e)	Eigentumsvorbehalt (retention/reservation of title oder „Romalpa“ clause)	37
3.	Finanzierungsformen auf Basis des Forderungsverkaufs (receivables financing)	40
a)	Factoring und Discounting von Forderungen	41
b)	Forderungsverbriefung (securitisation)	43
B.	Bestellung von Sicherungsrechten im engeren Sinne	44
I.	Bestellungstatbestand	44
1.	Einräumung eines Sicherungsrechts durch Verfügung oder Schuldvertrag	44
2.	Bestimmtheitsgrundsatz	46
3.	Dingliche Berechtigung und Verfügungsbefugnis des Sicherungsgebers	47
4.	Darlehensforderung	48
II.	Formanforderungen an Sicherungsvertrag und Übertragungsurkunde	49
1.	Natürliche Personen und Personenhandelsgesellschaften (individuals and partnerships)	49
2.	Kapitalgesellschaften (companies)	53
C.	Publizität und Vollwirksamkeit von Sicherungsrechten im engeren Sinne	54
I.	Besitz (possession) bei besitzgebundenen Sicherungsrechten	54
1.	Physischer Besitz (physical possession)	54
2.	Rechtskonstruktiv begründeter Besitz (constructive possession) und Treuhandsquittung (trust receipt)	55
II.	Registrierung (registration) bei besitzlosen Sicherungsrechten	57
1.	Natürliche Personen und Personenhandelsgesellschaften (individuals and partnerships)	57
a)	Bills of Sale Acts 1878 und 1882	57
b)	Agricultural Credits Act 1928	59
2.	Eingetragene Kapitalgesellschaften (registered companies): Companies Act 1985	60
a)	Persönlich-räumlicher Anwendungsbereich	61
aa)	Englische und walisische Kapitalgesellschaften	61
bb)	Ausländische Kapitalgesellschaften mit fester Niederlassung in England oder Wales	63
b)	Sachlicher Anwendungsbereich	64

aa) Sicherungsrechte an beweglichen Sachen	65
bb) Sicherungsrechte an Rechten	65
cc) Sicherungsrechte zur Sicherung von Schuldverschreibungen (debentures) und floating charges.....	68
c) Registrierungsverfahren und Registerführung	69
aa) Öffentliches Handelsregister für Kapitalgesellschaften	69
bb) Gesellschaftseigenes Register	73
d) Rechtsfolgen eines Registrierungsverstoßes	74
3. Gesonderte Register für spezielle Sicherungsgegenstände (specialist asset-based registers).....	76
III. Kontrolle (control) bei Finanzsicherheiten	77
1. Vorgaben der Finanzsicherheitenrichtlinie	77
2. Sicherungsrechte an Finanzinstrumenten.....	79
D. Rangfolge konkurrierender Rechte am Sicherungsgegenstand (priority)	82
I. Nemo dat quod non habet und qui prior est tempore potior est jure	83
1. Grundregel des first-in-time-prevails	83
2. Doctrine of bona fide purchaser for value of the legal estate without notice.....	83
3. Ausnahmen für den gutgläubigen (lastenfreien) Erwerb....	84
II. Regel aus Dearle v. Hall bei mehrfacher Zession	85
III. Auswirkung der Registrierung auf die Rangfolge eines Sicherungsrechts im engeren Sinne.....	87
1. Registrierung als Bezugspunkt für die Bestimmung der Rangfolge	88
2. Unwirksamkeitsfolge nicht registrierter Sicherungsrechte nach dem Companies Act 1985	90
3. Publizität des Sicherungsrechts und Kenntnis Dritter bei Registrierung nach dem Companies Act 1985	91
IV. Rangstellung der floating charge	92
1. Grundsätzliche Rangposition der floating charge	92
2. Nichtbelastungsversprechen (negative pledge clause)	93
3. Bevorrechtigte Gläubiger (preferential creditors).....	94
V. Rangstellung von Kontokorrentkreditsicherheiten (tacking of further advances)	96
VI. Rangstellung von Anschaffungskreditsicherheiten (purchase-money security interests).....	97
E. Verwertung der Sicherheit (enforcement)	99
I. Inbesitznahme (taking possession) und Einzug von Forderungen (collection rights).....	100

1. Einzug von Forderungen (collection rights)	100
2. Inbesitznahme (taking possession)	100
3. Beschränkungen des Rechts zur Inbesitznahme.....	102
II. Verkauf (sale)	102
1. Berechtigung des Sicherungsnehmers	102
2. Beschränkungen des Rechts zum freihändigen Verkauf ..	104
III. Einsetzung eines Zwangsverwalters (appointment of receiver).....	105
1. Law of Property Act receiver	105
2. Administrative receiver	105
3. Administrator	107
IV. Ausschlussverfahren (foreclosure).....	108
V. Aneignung von Finanzsicherheiten (appropriation of financial collateral).....	109

2. Abschnitt

Reformbedürftigkeit des gegenwärtigen Rechtszustands 111

A. Fehlen eines funktionalen Ansatzes und Umdeutungsrisiko.....	112
I. Fehlen eines funktionalen Ansatzes	112
1. Ungleichbehandlung funktionsgleicher Geschäftstypen ..	112
2. Gleichbehandlung funktionsungleicher Geschäftstypen ..	114
II. Umdeutungsrisiko (risk of recharacterisation)	115
B. Reformbedürftigkeit des natürlichen Personen und Personenhandelsgesellschaften betreffenden Mobiliarkreditsicherungsrechts: Bills of Sale Acts	119
I. Restriktiver Charakter der Bills of Sale-Gesetzgebung.....	120
1. Exzessive Formanforderungen und inadäquate Rechtsfolge bei Formverstößen	120
2. Verbot der Belastung zukünftigen Vermögens	122
II. Schwächen des Registrierungssystems	122
1. Aufgaben eines öffentlichen Registers für besitzlose Sicherungsrechte	122
2. Unzureichende Erfüllung der Publizitätsfunktion.....	123
3. Unzureichende Erfüllung der Prioritätsfunktion.....	123
4. Problematik der Nichtigkeitsfolge bei Nichtregistrierung	124
C. Reformbedürftigkeit des Registrierungssystems für am Vermögen von Kapitalgesellschaften bestehende Sicherungsrechte: Companies Act 1985.....	125
I. Unzureichende Erfüllung der Publizitätsfunktion	126
1. Kritik am Katalog registrierungspflichtiger besitzloser Sicherungsrechte	126

a) Umfang des Katalogs registrierungspflichtiger besitzloser Sicherungsrechte.....	126
b) Auslegung des Katalogs registrierungspflichtiger besitzloser Sicherungsrechte.....	128
2. Fehlende Gewähr der Richtigkeit des Registereintrags ...	129
3. Doppelregistrierung und Pflicht zur Führung eines gesellschaftseigenen Registers	131
II. Unzureichende Erfüllung der Prioritätsfunktion	132
1. Problem der Unsichtbarkeit bis zu 21 Tagen („21-days invisibility“ problem).....	133
2. Fehlende Registrierungsmöglichkeit von Nichtbelastungsversprechen bei floating charges	134
3. Unsicherheit hinsichtlich der Position von Erwerbern von Sicherungsgegenständen.....	134
III. Unflexibilität des gegenwärtigen Registrierungssystemansatzes	135
IV. Problematik der Registrierungspflicht ausländischer Kapitalgesellschaften mit fester Niederlassung in England oder Wales	136
D. Unbefriedigende Regelung der Rangfolge konkurrierender Rechte am Sicherungsgegenstand	138
I. Allgemeine Kritik am gegenwärtigen System der Rangfolgebestimmung	138
II. Kritik einzelner gegenwärtiger Rangfolgeregeln	140
1. Unpraktikabilität der Regel aus Dearle v. Hall bei mehrfacher Forderungszession	140
2. Unsicherheiten der Rangstellung von Kontokorrentkreditsicherheiten	142
3. Fehlende dogmatische Konzeption des Vorrangs von Anschaffungskreditsicherheiten	143

2. Teil

Die Reform des englischen Mobiliarkreditsicherungsrechts	145
Einführung.....	145

1. Abschnitt

Chronologie des Reformprozesses	147
A. Gesetzgeberische Reformmodelle im angloamerikanischen Rechtskreis.....	147
I. Vereinigte Staaten von Amerika: Article 9 Uniform Commercial Code.....	147

II. Kanada: Personal Property Security Acts	150
III. Neuseeland: Personal Property Securities Act 1999	151
B. Reformversuche und Reformersfolg in England	153
I. Crowther-Report (Consumer Credit) 1971	153
1. Intention und Gegenstand des Crowther-Report	153
2. Überblick über Vorschläge der Crowther-Kommission ...	153
3. Auswirkung der Vorschläge der Crowther-Kommission .	155
II. Diamond-Review (A Review of Security Interests in Property) 1989	156
1. Intention und Gegenstand des Diamond-Review	156
2. Überblick über die Vorschläge im Diamond-Review	157
3. Auswirkungen der Vorschläge im Diamond-Review	158
a) Reaktion auf den Vorschlag einer grundlegenden Mobiliarkreditsicherungsrechtsreform	158
b) Part IV des Companies Act 1989	158
III. Konsultationen des Wirtschaftsministeriums 1994 und 2000/2001	163
1. Company Law Review: Proposals for Reform of Part XII of the Companies Act 1985	163
2. Company Law Review Steering Group: Modern Company Law for a Competitive Economy	164
IV. Konsultationen der Law Commission 2002 bis 2005	165
1. Consultation Paper No. 164: Registration of Security Interests: Company Charges and Property other than Land (Consultation Paper)	166
2. Consultation Paper No. 176: Company Security Interests (Consultative Report)	167
3. LAW COM 296: Company Security Interests (Final Report)	169

2. Abschnitt

Materielle Vorschläge für eine grundlegende Reform des englischen Mobiliarkreditsicherungsrechts

Begrifflichkeit und Konzeption der Vorschläge	171
A. Anwendungsbereich zukünftiger Reformgesetzgebung	175
I. Persönlicher Anwendungsbereich	175
1. Natürliche Personen und Personenhandelsgesellschaften (individuals and partnerships)	175
2. Kapitalgesellschaften	177
II. Räumlicher Anwendungsbereich	178
1. Englische und walisische Kapitalgesellschaften (companies registered in England and Wales)	179

2. Ausländische Kapitalgesellschaften (oversea/foreign companies).....	184
a) Erfordernis der Registrierung besitzloser Sicherungsrechte an in England und Wales befindlichem Vermögen ausländischer Kapitalgesellschaften.....	184
b) Verbringung von Sicherungsgegenständen nach England oder Wales im Anschluss an eine Sicherheitsbestellung im Ausland.....	188
3. Schottische Kapitalgesellschaften (companies registered in Scotland).....	189
III. Sachlicher Anwendungsbereich.....	191
1. Einführung eines funktionalen Ansatzes	192
2. Einbeziehung bestimmter Geschäftstypen ohne Sicherungsfunktion.....	196
a) Operative Leasingverträge mit einer Laufzeit von über einem Jahr und kaufmännische Kommissionsgeschäfte (commercial consignments) ohne Sicherungszweck.....	197
b) Forderungsverkäufe (sales of receivables).....	198
B. Bestellung von Sicherungsrechten	201
I. Bestellungstatbestand.....	202
1. Formanforderungen an den Sicherungsvertrag	202
2. Voraussetzungen der Anheftung (attachment) eines Sicherungsrechts.....	204
II. Beschränkungen der Sicherungsmöglichkeiten aus rechtspolitischen Gründen	207
1. Verbraucher (consumers)	207
2. Unternehmer (unincorporated businesses).....	209
C. Voraussetzungen der Vollwirksamkeit (perfection).....	210
I. Besitz (possession).....	211
1. Tatsächlicher und rechtskonstruktiv begründeter Besitz (actual and constructive possession).....	211
2. Treuhandquittung (trust receipt).....	212
II. Bekanntmachung einer Finanzierungserklärung (notice filing of financing statement).....	213
1. Einführung eines auf notice filing basierenden Registrierungssystems	213
a) Merkmale eines auf notice filing basierenden Registrierungssystems	213
b) Änderungen gegenüber dem gegenwärtigen Register für Sicherungsrechte an Kapitalgesellschaftsvermögen	215

c)	Diskussion der Vorteile eines Systemwechsels.....	216
2.	Registrierungspflichtige besitzlose Sicherungsrechte.....	218
a)	Grundsatz eines generellen Registrierungserfordernisses.....	218
b)	Mögliche Ausnahmen vom Registrierungserfordernis	219
3.	Registrierungsverfahren und Registerführung	221
a)	Inhalt der Finanzierungserklärung (financing statement)	221
aa)	Sicherungsgeber	221
bb)	Sicherungsnehmer.....	222
cc)	Sicherungsgegenstand.....	223
dd)	Gültigkeitsdauer der Finanzierungserklärung	224
b)	Sonderfragen des Registrierungserfordernisses	225
aa)	Erstreckung des Sicherungsrechts auf Surrogate (proceeds) des Sicherungsgegenstands.....	225
bb)	Übertragung des Sicherungsgegenstands bei fortbestehender Belastung mit einem Sicherungsrecht.....	226
c)	Registrierungsverfahren.....	227
aa)	Verfahrensablauf.....	227
bb)	Schutz und Benachrichtigung des Sicherungsgebers	228
d)	Registerführung	229
aa)	Änderung und Löschung des Registereintrags	229
bb)	Registereinsicht und Information Dritter	230
e)	Auswirkung von Registrierungsfehlern	232
III.	Kontrolle (control) von Finanzsicherheiten	233
1.	Definition des Begriffs „Kontrolle über Finanzsicherheiten“	233
a)	Positive oder negative Kontrolle.....	233
b)	Europarechtliche Problematik einer Definition durch den nationalen Gesetzgeber	235
2.	Methoden der Kontrolle über Finanzsicherheiten	236
a)	Inhaberpapiere (bearer securities).....	237
b)	Namenspapiere in zertifizierter Form (certificated securities in registered form)	238
c)	Wertpapiere in einem Wertpapierabrechnungssystem (securities in CREST).....	238
d)	Mittelbar gehaltene Finanzaktiva und Barguthaben (indirectly held financial assets and cash).....	239
D.	Rangfolge konkurrierender Rechte am Sicherungsgegenstand (priority)	240
I.	Rangfolge zwischen konkurrierenden Sicherungsrechten	241

1. Grundregeln für die Rangfolgebestimmung.....	241
a) Vorrang vollwirksamer Sicherungsrechte	241
b) Rangfolge zwischen vollwirksamen Sicherungsrechten.....	242
c) Rangfolge zwischen nicht vollwirksamen Sicherungsrechten.....	242
d) Rangfolge von Kontokorrentkreditsicherheiten	243
2. Besondere Rangfolgeregeln.....	244
a) Vorrang von Anschaffungskreditsicherheiten (purchase-money security interests).....	244
aa) Begriff der Anschaffungskreditsicherheit	245
bb) Rechtspolitische Begründung des Vorrangs	245
cc) Voraussetzungen des Vorrangs	247
dd) Reichweite des Vorrangs	248
b) Rangfolge von Sicherungsrechten an Finanzsicherheiten	250
aa) Vorrang von Kontrolle	250
bb) Erhaltung der ungehinderten Übertragbarkeit von Wertpapieren.....	251
c) Rangfolge von Sicherungsrechten an Schiffen, Flugzeugen und bestimmten Immaterialgüterrechten .	252
d) Vorrang nichtvertraglicher Zurückbehaltungsrechte (liens arising by operation of law)	253
II. Sicherungsrechte und Erwerber des Sicherungsgegenstands	254
1. Lastenfreier Erwerb bei nicht vollwirksamen Sicherungsrechten	254
2. Lastenfreier Erwerb im unternehmenszweckgemäßen Geschäftsbetrieb (ordinary course of business)	255
3. Gutgläubig lastenfreier Erwerb geringwertiger Konsumgüter (consumer goods)	257
III. Zukunft der floating charge	257
1. Angleichung von fixed charge und floating charge	257
2. Insolvenzrechtliche Problematik einer Angleichung	260
E. Verwertung der Sicherheit (enforcement)	262
I. Grundsätzliche Bestimmungen einer Kodifizierung der Rechte und Pflichten der Parteien eines Sicherungsgeschäfts.....	264
1. Zwingender oder dispositiver Charakter der gesetzlichen Bestimmungen.....	264
2. Generelle Sorgfaltspflichten	266
II. Verwertungsrechte des Sicherungsnehmers	267
1. Einzug von Forderungen (collection rights)	268
2. Inbesitznahme (taking possession)	270

a) Inbesitznahme bei Gefährdung des Sicherungsgegenstands (collateral at risk)	270
b) Inbesitznahme im Sicherungsfall (on default).....	271
3. Verkauf (sale).....	272
a) Benachrichtigungspflicht.....	272
b) Durchführung des Verkaufs	274
c) Rechtsfolge des Verkaufs	276
d) Verwendung des Verwertungserlöses	276
4. Einsetzung eines Zwangsverwalters (appointment of receiver)	278
5. Ausschlussverfahren (foreclosure)	278
6. Aneignung von Finanzsicherheiten (appropriation of financial collateral).....	280

3. Abschnitt

Erfolgsaussichten einer grundlegenden Reform des englischen Mobiliarkreditsicherungsrechts	281
A. Erfolgsbilanz der bisherigen Reformversuche.....	281
I. Das Schicksal der Vorschläge der Law Commission	281
1. „Regulatory Impact Assessment“ des Wirtschaftsministeriums 2005	282
2. Company Law Reform Bill und Companies Act 2006.....	284
II. Analyse des erfolglosen Reformprozesses	287
B. Ursachen für die Erfolglosigkeit bisheriger Reforminitiativen... 290	
I. Reformhindernde Faktoren in England	290
1. Erwartung europäischer Harmonisierungsmaßnahmen... 290	
2. Kosten eines Systemwechsels.....	292
3. Begrenztes Interesse des Gesetzgebers.....	294
4. Fehlende Befürwortung einer Grundsatzreform durch Praktiker und deren Interessenverbände	295
a) Befürwortung einer Grundsatzreform auf wissenschaftlicher Ebene.....	296
b) Reformabgeneigtheit der relevanten Wirtschaftskreise	297
II. Vergleich der Situation in England mit der Situation in den USA, Kanada und Neuseeland vor Reform des Mobiliarkreditsicherungsrechts.....	299
1. Reformfaktoren in den USA	300
2. Reformfaktoren in Kanada	301
3. Reformfaktoren in Neuseeland	301

3. Teil

Europäische Harmonisierung auf dem Gebiet des Mobiliarkreditsicherungsrechts	303
Einführung	303
1. Abschnitt	
Internationale Arbeiten mit möglichem Einfluss auf eine europäische Harmonisierung	305
A. EBRD Model Law on Secured Transactions	305
I. Bemühungen der EBRD auf dem Gebiet des Mobiliarkreditsicherungsrechts	305
II. Grundzüge des EBRD Model Law on Secured Transactions	307
1. Regelungsbereich	307
2. Bestellung des Sicherungsrechts	309
3. Publizität des Sicherungsrechts	311
4. Rangfolge konkurrierender Rechte am Sicherungsgegenstand	314
5. Verwertung der Sicherheit im Sicherungsfall	316
B. UNCITRAL Legislative Guide on Secured Transactions	318
I. Bemühungen von UNCITRAL auf dem Gebiet des Mobiliarkreditsicherungsrechts	318
1. Überblick über die Aktivitäten von UNCITRAL auf dem Gebiet des Mobiliarkreditsicherungsrechts	318
2. Intention und Gegenstand des UNCITRAL Legislative Guide on Secured Transactions	321
II. Grundzüge des Entwurfs des UNCITRAL Legislative Guide on Secured Transactions	324
1. Regelungsbereich	325
2. Bestellung des Sicherungsrechts zwischen den Parteien	329
3. Drittwirksamkeit des Sicherungsrechts	330
4. Rangfolge konkurrierender Rechte am Sicherungsgegenstand	334
5. Verwertung der Sicherheit im Sicherungsfall	337

2. Abschnitt	
Wesenszüge einer zukünftigen europäischen Harmonisierung	341
Vorbemerkungen	341
A. Geltungsbereich eines europäischen Harmonisierungsvorschlags	346
I. Persönlicher Geltungsbereich	346
II. Sachlicher Geltungsbereich.....	347
B. Bestellung von Sicherungsrechten	349
I. Formanforderungen an den Sicherungsvertrag.....	349
II. Bestellungstatbestand.....	349
C. Publizität von Sicherungsgeschäften.....	351
I. Errichtung nationaler Zentralregister für Mobiliarsicherheiten	351
II. Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs nationaler Zentralregister.....	357
III. Besitz und Kontrolle als Alternativen zur Registrierung von Mobiliarsicherheiten	360
D. Rangfolge konkurrierender Rechte am Sicherungsgegenstand ..	361
I. Rangfolge zwischen konkurrierenden Sicherungsrechten	361
II. Sicherungsrechte und Erwerber des Sicherungsgegenstands	362
E. Verwertung der Sicherheit	363
Schlussbemerkungen.....	365
Literaturverzeichnis	366
Materialverzeichnis.....	382
Register.....	386

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
A.C.	Law Reports, Appeal Cases (seit 1891)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ALI	American Law Institute
All E.R.	All England Law Reports Annotated (seit 1936)
All E.R. Rep.	All England Law Reports Reprint (1843-1935)
ABl. EG Nr. C	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (Communication)
ABl. EG Nr. L	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (Législation)
ABl. EG Nr. S	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (Supplement)
ABl. EU Nr. C	Amtsblatt der Europäischen Union (Communication)
ABl. EU Nr. L	Amtsblatt der Europäischen Union (Législation)
Anglo-Am. L.R.	Anglo-American Law Review
Anh.	Anhang
App.	Appendix
App.Cas.	Law Reports, Appeal Cases (1875-1890)
Art.	Artikel; Article
BB	Der Betriebs-Berater
B.C.C.	British Company Cases
B.C.L.C.	Butterworths Company Law Cases
Bd.	Band
bearb.	bearbeitet
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
Bing.(N.C.)	Bingham's New Cases, Common Pleas (1834-1840) (131-133 E.R.)
B.F.L.R.	Banking & Finance Law Review
BGBI.	Bundesgesetzblatt
bzw.	beziehungsweise
C./Chapt.	Chapter
C.A.	Court of Appeal
C.A. (N.I.)	Court of Appeal (Northern Ireland)
Can.Bus.L.J.	Canadian Business Law Journal
C.B.	Common Bench Reports (1845-1856) (135-139 E.R.)
C.B.(N.S.)	Common Bench Reports, New Series (1856-1865) (140-144 E.R.)
CCPPSL	Canadian Conference on Personal Property Security Law
Ch.	Law Reports, Chancery Division (seit 1891)
Ch.D.	Law Reports, Chancery Division (1875-1890); Chancery Division
Chi.-Kent L.Rev.	Chicago-Kent Law Review

Civ	Civil Division
cl.	clauses
C.L.B.	Commonwealth Law Bulletin
C.L.P.	Current Legal Problems
C.L.J.	Cambridge Law Journal
CLLS FLC	Financial Law Committee of the City of London Law Society
Com.L. World Rev.	Common Law World Review
Cm	Command Paper (6 th series) (seit 1986)
Cmnd	Command Paper (5 th series) (1956-1986)
col.	column
Comp. Lawyer	Company Lawyer
Com. L.R.	Commercial Law Reports
Con. L.R.	Construction Law Reports
Conn. L. Rev.	Connecticut Law Review
Conv.	Conveyancer and Property Lawyer
Co.Rep.	Coke's Reports (1572-1616) (76-77 E.R.)
dass.	dasselbe
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe
Diss. Jur.	juristische Dissertation
Drew.	Drewry's Reports, Chancery (1852-1859) (61-62 E.R.)
DStR	Deutsches Steuerrecht
DTI	Department of Trade and Industry
EBLR	European Business Law Review
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Eliz.	Elizabeth
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EN	Explanatory Notes
E.R.	English Reports (1220-1865)
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuInsVO	Europäische Insolvenzverordnung
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ERPL	European Review of Private Law
erweit.	erweitert
EWCA	England and Wales Court of Appeal
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
etc.	et cetera
Exch.	Exchequer Reports (1847-1856) (154-156 E.R.)
f., ff.	folgend
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
gem.	gemäß
Geo.	George
GmbHR	GmbH Rundschau
Habil. Jur.	juristische Habilitationsschrift

HC	House of Commons Papers
H.C. Deb.	House of Commons Debates
HGB	Handelsgesetzbuch
HL/H.L.	House of Lords
H.L. Deb.	House of Lords Debates
H.L.C.	Clark's Reports, House of Lords (1847-1866) (9-11 E.R.)
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg./hrsg.	Herausgeber/herausgegeben
HS	Halbsatz
I.C.L.Q.	International and Comparative Law Quarterly
i.d.F.	in der Fassung
Insolv. L.	Insolvency Lawyer
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
i.S.d.	im Sinne der
i.V.m.	in Verbindung mit
J.	Judge
J.B.L.	Journal of Business Law
JCLS	Journal of Corporate Law Studies
JIBFL	Butterworths Journal of International Banking and Financial Law
JIBL	Journal of International Banking Law
J.I.B.L.R.	Journal of International Banking Law and Regulation
J.Legal Stud.	Journal of Legal Studies
jun.	junior
JZ	Juristenzeitung
Kay	Kay's Reports, Chancery (1853-1854) (69 E.R.)
K.B.	Law Reports, King's Bench Division (1901-1952)
K.B.D.	King's Bench Division
La.L.Rev.	Louisiana Law Review
L.C.	Lord Chancellor
LC CP	Law Commission Consultation Paper
Lit.	Literatur
L.J.	Lord Justice
Lloyd's Rep.	Lloyd's Law Reports (seit 1951)
LLP	limited liability partnership
LMCLQ	Lloyd's Maritime and Commercial Law Quarterly
L.Q.R.	Law Quarterly Review
L.R. [...] Ch.App.	Law Reports, Chancery Appeal Cases (1865-1875)
L.R. [...] C.P.	Law Reports, Common Pleas (1865-1875)
L.R. [...] Exch.	Law Reports, Exchequer (1865-1875)
L.R. [...] Q.B.	Law Reports, Queen's Bench (1865-1875)
LS	Legal Studies
L.T.	Law Times Reports (1859-1947)
Mal. L.R.	Malaya Law Review
McGill L.J.	McGill Law Journal
Mer.	Merivale's Reports, Chancery (1815-1817) (35-36 E.R.)
Minn. L. Rev.	Minnesota Law Review
M.L.R.	Modern Law Review
MLST	(EBRD) Model Law on Secured Transactions
M.R.	Master of the Rolls

M & W	Meeson and Welsby's Reports, Exchequer (1836-1847) (150-153 E.R.)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NCCUSL	National Conference of Commissioners on Uniform State Laws
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No.	Number
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung
N.Z.L.J.	New Zealand Law Journal
NZPPSA	New Zealand Personal Property Securities Act 1999
OJLS	Oxford Journal of Legal Studies
OPPSA	Ontario Personal Property Security Act
para.	paragraph
P.C.	Privy Council
PIN	personal identification number
PMSI	purchase-money security interest
PPSA	Personal Property Security Act
Q.C.	Queen's Counsel
Q.B.	Law Reports, Queen's Bench Division (1891-1900; seit 1952)
Q.B.D.	Law Reports, Queen's Bench Division (1875-1890); Queen's Bench Division
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
reg.	regulation
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
Russ.	Russell's Reports, Chancery (1824-1829) (38 E.R.)
S.	Seite; Satz
s./ss.	section/sections
Sch.	Schedule
S.C.R.	Supreme Court Reports (Kanada)
S.I.	Statutory Instruments (England)
Sing.J.L.S.	Singapore Journal of Legal Studies
sog.	so genannt
SPPSA	Saskatchewan Personal Property Security Act, 1993
SPV	single- oder auch special-purpose vehicle
S.R.	Statutory Regulations (Neuseeland)
S.S.	Statutes of Saskatchewan
Texas I.L.J.	Texas International Law Journal
T.L.R.	Times Law Reports (1884-1950)
u.a.	unter anderem
UCC	Uniform Commercial Code
UCC L.J.	Uniform Commercial Code Law Journal
überarb.	überarbeitet
U.Miami L.Rev.	University of Miami Law Review
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
UNIDROIT	International Institute for the Unification of Private Law
Unif. L. Rev.	Uniform Law Review
Univ.	Universität

U.S.	United States Supreme Court Reports; United States
USA	United States of America
v.	versus
V.C.	Vice Chancellor
vgl.	vergleiche
Vict.	Victoria
VIN	vehicle identification number
Vol.	Volume
w	Written Answers (Hansard)
W.L.R.	Weekly Law Reports (seit 1953)
WM	Wertpapier-Mitteilungen. Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
ws	Written Ministerial Statements (Hansard)
Yale L.J.	Yale Law Journal
z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
Zit.	zitiert
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis (1980-1983); Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (seit 1983)
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß

Anmerkung zur Terminologie

Es ist ein Gemeinplatz der Rechtsvergleichung, dass die Übersetzung von Rechtsbegriffen einer ausländischen Rechtsordnung in die Begriffswelt der eigenen Rechtsordnung Risiken mit sich bringt. Juristische Terminologie ist in aller Regel an die rechtlichen Konzeptionen der jeweiligen Rechtsordnung gebunden, der sie entspringt, so dass eine Übersetzung schwerfällt und immer die Gefahr eines Missverständnisses in sich birgt. Der Rechtsvergleichung und Auslandsrechtskunde betreibende Jurist steht damit vor dem Dilemma, entweder die Lesbarkeit seiner Untersuchung zugunsten der Präzision – soweit eine solche bei der Beschreibung ausländischen Rechts in der eigenen Sprache überhaupt erreichbar ist – zu opfern, oder umgekehrt auf Kosten der Präzision der Lesbarkeit seiner Arbeit die größere Bedeutung beizumessen. Die vorliegende Arbeit zum englischen Mobiliarkreditsicherungsrecht versucht in einem Mittelweg, die im Rahmen der Aufgabenstellung grundlegenden und kaum übersetzbaren Begriffe der englischen Rechtssprache, wie „charge“ und „mortgage“, grundsätzlich beizubehalten, und nur, wenn sich eine Verallgemeinerung anbietet, auf funktionale Begriffe – im Fall von „charge“ und „mortgage“ auf „besitzlose Sicherungsrechte“ – auszuweichen. Im Übrigen werden englische Rechtsbegriffe zugunsten der Lesbarkeit übersetzt; in jedem Gliederungspunkt wird jedoch erneut bei erstmaligem Auftreten wesentlicher Begriffe der englische Fachterminus in Klammern angegeben. Der verwendete deutsche Begriff stellt damit allein einen Übersetzungsvorschlag dar. Im Hinblick auf oben genanntes Dilemma bleibt darauf hinzuweisen, dass der verwendete deutsche Begriff nur als Orientierungshilfe zugunsten der Lesbarkeit, nicht aber als Begriff der deutschen Rechtsordnung zu verstehen ist und diesem daher die englische Bedeutung zu unterlegen ist. Schließlich soll an dieser Stelle auf die beiden Gliederungspunkte „Begriffsbestimmungen und Grundprinzipien“¹ sowie „Begrifflichkeit und Konzeption der Vorschläge“² hingewiesen werden, die wesentliche Begriffe und Konzeptionen für den jeweiligen Abschnitt einführen und zu klären versuchen.

¹ 1. Teil, 1. Abschnitt (S. 15 ff.)

² 2. Teil, 2. Abschnitt (S. 171 ff.)

